



Durchwahl: 0511 3030-2151
Mein Zeichen: II/73 - 0103 - 00/7
(Kurzbericht-19-Wo-Go)

13. Mai 2019

KURZBERICHT

über Ausschusssitzungen des Niedersächsischen Landtages in der Zeit vom 6. bis 10. Mai 2019

Montag, 6. Mai 2019

1 Ausschuss für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz (37. Sitzung)

Beratungsthemen:

1. [Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Abfallgesetzes
Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/3014](#)

Der - federführende - Ausschuss schloss die Beratung ab. Er empfahl dem Landtag vorbehaltlich der Zustimmung des - mitberatenden - Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen, den Gesetzentwurf mit Änderungen anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: -

Berichterstattung (schriftlicher Bericht): Abg. Laura Rebuschat (CDU).

2. **Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung von Zukunftsinvestitionen und Zukunftsvorsorge**

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/3476

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch und beschloss, dem federführenden Ausschuss für Haushalt und Finanzen anstelle einer förmlichen Stellungnahme einen Auszug aus der Niederschrift zu diesem Tagesordnungspunkt zur Verfügung zu stellen.

3. **Das Land muss Deichverbände bei der Teekentsorgung finanziell unterstützen**

Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/2569

Der Ausschuss nahm eine Unterrichtung durch die Landesregierung über den aktuellen Sachstand entgegen und führte darüber eine Aussprache.

4. **Mehr Sachlichkeit beim Umgang mit dem Wolf - Weidetierhaltung wirksam fördern und unterstützen**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/2691

Der Ausschuss nahm eine Unterrichtung durch die Landesregierung über den aktuellen Sachstand entgegen und führte darüber eine Aussprache.

5. **Vom Eichenprozessionsspinner Betroffene finanziell unterstützen - Versprechungen einhalten**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/3225

dazu: Eingabe 00983/09/18

Der Ausschuss nahm eine Unterrichtung durch die Landesregierung über den aktuellen Sachstand entgegen und führte darüber eine Aussprache. Ferner kam er überein, den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung sowie den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz gemäß § 28 Abs. 4 i. V. m. § 39 Abs. 2 Satz 3 GO LT um eine Stellungnahme zu dem Antrag zu bitten.

2 Enquetekommission „Sicherstellung der ambulanten und stationären medizinischen Versorgung in Niedersachsen - für eine qualitativ hochwertige und wohnortnahe medizinische Versorgung“

(13. Sitzung)

Beratungsthemen:

1. **Erörterung zu Abschnitt I des Einsetzungsbeschlusses in der Drs. 18/2351 stationäre medizinische Versorgung**

Die Kommission setzte die Erörterung zu Abschnitt I des Einsetzungsbeschlusses in der Drs. 18/2351 - Ambulante medizinische Versorgung - mit der Stellungnahme der in der Kommission vertretenen Mitglieder der Kassenärztlichen Vereinigung und der Krankenkassen zu Abschnitt I, Fragen 1 bis 3, fort.

2. **Sitzungsplanung / Terminangelegenheiten**

Die Kommission erörterte die Tagesordnung für die Sitzung am 20. Mai 2019.

Mittwoch, 8. Mai 2019

3 Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen
(30. Sitzung)

Beratungsthemen:

1. [Änderung der Geschäftsordnung des Niedersächsischen Landtages](#)
[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP - Drs. 18/2426](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch.

2. [Entwurf eines Gesetzes über dienstrechtliche Vorschriften für landesunmittelbare Sozialversicherungsträger \(DRSVG\)](#)
[Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/3196](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Er schloss sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung an, den Gesetzentwurf in der Fassung der Vorlage 2 anzunehmen und das Gesetz am Tag nach seiner Verkündung in Kraft treten zu lassen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: -

3. a) [Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über Ladenöffnungs- und Verkaufszeiten](#)
[Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - Drs. 18/1383](#) neu

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Er schloss sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung an, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU, AfD

Ablehnung: FDP

Enthaltung: GRÜNE

- b) [Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über Ladenöffnungs- und Verkaufszeiten](#)
[Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/2461](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Er schloss sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung an, den Gesetzentwurf in der Fassung der Vorlage 24 anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU

Ablehnung: GRÜNE

Enthaltung: FDP, AfD

4. a) [Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Niedersächsischen Verfassung](#)
[Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - Drs. 18/358](#)
- b) [Entwurf eines Gesetzes über die Schuldenbremse in Niedersachsen](#)
[Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/3258](#)

- c) [Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Niedersächsischen Verfassung](#)
[Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/3447](#)

Der - federführende - Ausschuss nahm die Beratung zu [Drs. 18/3258](#) auf der Grundlage der Vorlage 11 des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes auf.

5. [Linksextremismus als Gefahr für die Demokratie wahrnehmen und wirksam bekämpfen!](#)
[Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 18/1855](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Er schloss sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Inneres und Sport an, den Antrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP

Ablehnung: AfD

Enthaltung: -

6. [Ermäßigten Mehrwertsteuersatz auch für elektronische Presse schnell umsetzen](#)
[Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/3261](#)

Der Ausschuss folgte dem Votum des Unterausschusses „Medien“ und empfahl dem Landtag vorbehaltlich der Zustimmung des - mitberatenden - Ausschusses für Haushalt und Finanzen, den Antrag mit Änderungen anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: -

7. [Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Fischereigesetzes](#)
[Gesetzentwurf der Fraktion der AfD - Drs. 18/2904](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Er schloss sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz an, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP

Ablehnung: AfD

Enthaltung: -

8. [Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Abfallgesetzes](#)
[Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/3014](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Er schloss sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz an, den Gesetzentwurf in der Fassung der Vorlage 8 anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: -

9. [Entwurf eines Gesetzes zur Aufnahme des Staatsziels „Klimaschutz“ in die Niedersächsische Verfassung](#)

[Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/1396](#)

dazu: Antrag gem. § 23 Abs. 1 S. 2 GO LT der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/1397

Namens der Landesregierung nahm ein Vertreter der Staatskanzlei zu dem Gesetzentwurf Stellung. Der - federführende - Ausschuss bat den Ausschuss für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz, die Mitberatung zu dem Gesetzentwurf sowie zu dem Antrag durchzuführen.

10. [Niedersachsen soll Vorreiter bei der regelmäßigen Berichtslegung über die Kriminalitätslage werden](#)

[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/2573](#)

Namens der Landesregierung nahmen eine Vertreterin des Justizministeriums und ein Vertreter des Ministeriums für Inneres und Sport zu dem Antrag Stellung. Auf dieser Grundlage begann der Ausschuss mit der Antragsberatung.

4 Unterausschuss „Justizvollzug und Straffälligenhilfe“ des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen

(16. - teilweise nicht öffentliche - Sitzung)

Beratungsthemen:

Öffentlicher Sitzungsteil

1. [Telemedizin in Justizvollzugsanstalten](#)
[Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/3254](#)

Der Unterausschuss begann mit der Antragsberatung. Er bat die Landesregierung um mündliche Unterrichtung in der nächsten Sitzung. Den Mitgliedern des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen soll anheimgestellt werden, an jener Sitzung teilzunehmen.

2. **Unterrichtung durch das Justizministerium zur „Situation von Menschen mit Behinderung in den Justizvollzugsanstalten“**

Der Unterausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

Nicht öffentlicher Sitzungsteil

3. **Unterrichtung über besondere Vorkommnisse im niedersächsischen Justizvollzug**

Der Unterausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

Außerhalb der Tagesordnung kam der Unterausschuss überein, am 23. August 2019 die Justizvollzugsanstalt Hannover zu besuchen.

5 Ausschuss für Haushalt und Finanzen
(54. Sitzung)

Beratungsthemen:

1. [Entwurf eines Reformgesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung und anderer Gesetze](#)
[Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/850](#)

Der - mitberatende - Ausschuss schloss sich der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Inneres und Sport an, den Gesetzentwurf mit Änderungen anzunehmen (Vorlage 38 mit Änderungen).

Zustimmung: SPD, CDU

Ablehnung: GRÜNE, FDP, AfD

Enthaltung: -

2. [Linksextremismus als Gefahr für die Demokratie wahrnehmen und wirksam bekämpfen!](#)
[Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 18/1855](#)

Der - mitberatende - Ausschuss schloss sich der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Inneres und Sport an, den Antrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP

Ablehnung: AfD

Enthaltung: -

3. [Eigenständige und starke Braunschweigische Landessparkasse in kommunaler Trägerschaft auf den Weg bringen](#)
[Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/3038](#)

Der Ausschuss setzte die Beratung fort. Die Beschlussfassung stellte er auf Antrag eines Ausschussmitglieds der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der Grünen, der FDP und der AfD zurück.

4. **Vorlagen**

Vorlage 116 (MF) - Wiederbesetzung von Stellen

Der Ausschuss nahm die Vorlage zur Kenntnis.

Vorlage 117 (MW) - 1. Quartalsbericht über das Sondervermögen „Digitalisierung“

Der Ausschuss nahm die Vorlage zur Kenntnis.

5. [Entwurf eines Gesetzes über dienstrechtliche Vorschriften für landesunmittelbare Sozialversicherungsträger \(DRSVG\)](#)
[Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/3196](#)

Der - mitberatende - Ausschuss schloss sich der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Soziales, Gleichstellung und Gesundheit an, den Gesetzentwurf mit Änderungen anzunehmen (Vorlage 2).

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: FDP

6. **Vorlage 118 (MF) - Vierteljahresbericht über die Haushalts- und Kassenlage - 1. bis 4. Haushaltsvierteljahr 2018**

Der Ausschuss nahm die Vorlage zur Kenntnis.

7. **[Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung von Zukunftsinvestitionen und Zukunftsvorsorge](#)**

[Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/3476](#)

Der Ausschuss begann mit der Beratung.

8. a) **[Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Niedersächsischen Verfassung](#)**

[Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - Drs. 18/358](#)

b) **[Entwurf eines Gesetzes über die Schuldenbremse in Niedersachsen](#)**

[Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/3258](#)

c) **[Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Niedersächsischen Verfassung](#)**

[Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/3447](#)

Der Ausschuss begann mit der Beratung.

9. **Themenfestlegung für den am 14. Juni 2019 mit dem Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung geplanten gemeinsamen Meinungsaustausch mit dem Gesamtverband Niedersächsischer Kreditinstitute**

Der Ausschuss legte die Themen für den o. g. Meinungsaustausch fest.

Außerhalb der Tagesordnung

Der Ausschuss verschob die für seine Sitzung am 12. Juni 2019 geplante **Vorstellung des diesjährigen Jahresberichts des Landesrechnungshofs** auf seine Sitzung am 26. Juni 2019.

6 Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

(32. Sitzung)

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Der Ausschuss kam überein, die Beratungsgegenstände abweichend von der Einladung zu der Sitzung in der Reihenfolge zu behandeln, wie sie sich aus diesem Kurzbericht ergibt.

Ferner verständigte er sich darauf, die Tagesordnungspunkte 4 und 5 zusammen zu behandeln.

Beratungsthemen:

1. **[Nährstoffkreisläufe verbessern - Pflanzen bedarfsgerecht ernähren - Wasserqualität sichern](#)**

[Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/2026](#)

Der Ausschuss empfahl dem Plenum des Landtages, den Antrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE,

Ablehnung: FDP, AfD

Enthaltung: -

2. a) [**Digitalisierung in der Landwirtschaft: Chancen nutzen - Abhängigkeiten und Datenklau vermeiden**](#)
[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/2895](#)
- b) [**Näher am Verbraucher, näher am ökologischen und ökonomischen Optimum - Chancen der Digitalisierung in der Landwirtschaft nutzen - Umsetzung durch das Agrarinvestitionsförderungsprogramm \(AFP\) voranbringen**](#)
[Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/161](#)

Der Ausschuss stellte die abschließende Behandlung des Antrages zurück, um Gelegenheit zu geben, auf der Basis eines von den Koalitionsfraktionen unterbreiteten Änderungsvorschlages eine gemeinsam getragene Beschlussempfehlung zu erarbeiten. Im Ausschuss bestand Einvernehmen darüber, dass angestrebt werden soll, die Beratung der Anträge im Juni-Plenum abzuschließen.

3. [**Misstände in Schlachthöfen: Systemfehler beheben**](#)
[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP - Drs. 18/3255](#)

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung durch die Landesregierung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

Seitens der Koalitionsfraktionen von SPD und CDU wurde ein Änderungsvorschlag zu dem Antrag der Fraktionen der Grünen und der FDP angekündigt. Der Ausschuss stellte die weitere Behandlung des Antrages zurück. Es bestand Einvernehmen darüber, dass angestrebt werden soll, die Beratung des Antrages im Juni-Plenum abzuschließen.

4. [**Verbot von Lebendtiertransporten in Drittländer**](#)
[Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 18/3265](#)

hier: Unterrichtung durch die Landesregierung zum aktuellen Stand sowie über die Ergebnisse der Agrarministerkonferenz (AMK) vom 10. bis 12. April 2019 bezüglich der getroffenen Vereinbarungen zu Tiertransporten in Nicht-EU-Länder

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache. Die abschließende Behandlung des Antrages stellte der Ausschuss zurück.

5. [**Lange Tiertransporte verbieten - Sofortigen Transport-Stopp durchsetzen**](#)
[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/3566](#)

Der Ausschuss bat für die nächste Sitzung um eine Unterrichtung durch die Landesregierung zu dem Antrag der Fraktion der Grünen.

6. [**Erhalt seltener Nutztierassen angemessen fördern!**](#)
[Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/2583](#)

Der Ausschuss empfahl dem Plenum des Landtages, den Antrag in der Fassung des Änderungsvorschlages der Koalitionsfraktionen von SPD und CDU - Vorlage 4 - anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, FDP, AfD

Ablehnung:

Enthaltung: GRÜNE

Die Empfehlung erging vorbehaltlich der Zustimmung durch den mitberatenden Ausschuss für Haushalt und Finanzen.

Im Ausschuss bestand Einvernehmen darüber, dass angestrebt werden soll, die Beratung des Antrages im Juni-Plenum abzuschließen.

7. **Chiplesegeräte flächendeckend einführen - Identifizierung aufgefundener Haustiere ermöglichen**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/3607

Der Ausschuss bat für die nächste Sitzung um eine Unterrichtung durch die Landesregierung. Die Vertreterin der Fraktion der Grünen bat darum, dass mit Blick auf die Problematik von Haustieren, die auf Straßen zu Tode kommen, bei der Unterrichtung auch Vertreter des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung zugegen sind.

Außerdem bat der Ausschuss den Ausschuss für Inneres und Sport um eine Stellungnahme gemäß § 28 Abs. 4 i. V. m. § 39 Abs. 2 Satz 2 GO LT.

Im Auftrage

Wiesehahn